

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Einzelhefte 6 Pf. monatlich 1.80 Mk.,
 für ins Ausland 2.40 Mk. (Post-
 Nummern 10 Pfennig). Einzelhefte
 1.80 Mk., beim Vortrage des Haus-
 besitzer 1.50 Mk. Unter Kreuzband für
 Deutschland 2 und Deutschland - Ausland
 4.- Mk. für das übrige Ausland
 4.50 Mk. monatlich. Ausland ins Geb.
 bei direkter Bestellung monatlich 2.- Mk.
 Postbestellungen nehmen an Post-
 amt, Postfach 10000, Berlin, Schöneberg
 und die Schenke, Ringstr. 10 in die
 Buchhandlung-Vertriebsstelle.
 Erscheint täglich.

Telegraphische Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die Abgebildeten Anzeigen gelten für
 60 Bl. „Kleine Anzeigen“, das
 heißt 60 Bl. (jeweils 2 Spalten
 2 fette Zeilen). Jedes weitere
 Wort 15 Bl. (jeweils 2 Spalten) und
 20 Bl. (jeweils 1 Spalte) sind für
 20 Bl. (jeweils 2 Spalten) zu rechnen.
 Familien-Anzeigen, politische und
 gewerbliche Anzeigen, 10 Bl. für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 S.W. 68, Lindenstr. 3, abgegeben
 werden. Gedruckt von 1911 (1912) bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. | Sonnabend, den 16. November 1918. | Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Verleger: Kurt Morawski, Nr. 151 90-151 97. | | Verleger: Kurt Morawski, Nr. 151 90-151 97.

Prinz Max zur Vorgeschichte der Revolution.

Der frühere Reichskanzler Prinz Max von Baden hatte die Absicht, in der ersten Badischen Kammer, deren Vorsitzender er war, über seine Führung der Reichsgeschäfte Rechenschaft abzulegen. Da der Landtag nicht mehr einberufen wurde, konnte der Prinz die Rede nicht mehr halten. Sie wird soden von der Redaktion der „Preussischen Jahrbücher“ als Flugblatt veröffentlicht.

Prinz Max erklärt, er sei sich bei Übernahme des Reichskanzleramts dessen Bewußt gewesen, daß der Krieg verloren war. Er habe Deutschland, soweit dies noch möglich war, durch demokratische Umgestaltung und Völkerverbundpolitik zu retten versucht, habe aber dieses Ziel nicht erreichen können. Den Hauptgrund dieses Mißerfolges gibt er folgendermaßen an:

Meine Friedenspolitik wurde entscheidend gescheitert durch das Waffenstillstandsangebot, das mir fertig vorgelegt wurde, als ich in Berlin eintraf. Ich habe es bekämpft aus Gründen der praktischen Politik. Es schien mir ein schwerer Fehler, den ersten Friedensschritt der neuen Regierung durch ein so überaus großes Eingeständnis deutscher Schwäche zu begleiten. Weder das eigene Volk, noch das feindliche Ausland schätzte unsere militärische Lage damals so ein, daß ein derartiger Verzweiflungsschritt notwendig wäre.

Ich machte den Gegenvorschlag, die Regierung sollte als ihre erste Handlung ein detailliertes Kriegszielprogramm aufstellen, das vor aller Welt unsere Übereinkunft mit den Grundfragen des Friedensvertrages deutlich machte und unsere Bereitwilligkeit, diesen Grundfragen auch schwere nationale Opfer zu bringen.

Die militärischen Autoritäten erwiderten mir darauf, auf die Wirkung einer solchen Angelegenheit könne nicht mehr gewartet werden; die Lage an der Front erfordere binnen 24 Stunden ein Waffenstillstandsangebot. Wenn ich es nicht abgab, so müßte es die alte Regierung herüberbringen. Darauf entschloß ich mich, die neue Regierung zu bilden und das nunmehr unermesslich gewordene Waffenstillstandsangebot mit dem Namen der neuen, unbelasteten Regierung zu unterstützen. Nach einer Woche eröffneten mir die militärischen Autoritäten, daß sie sich in der Einschätzung der Lage an der Front am 1. Oktober getäuscht hätten.

Prinz Max schildert nun die Wirkung des Waffenstillstandsangebots. Bei der Entente wurde der Siegesübermut gesänftigt, die Sanktionen der Verbündeten wurden beschleunigt, weiterer Widerstand bot keine Aussicht auf Erfolg, es mußte nur vor den Feinden die Möglichkeit aufrechterhalten bleiben, daß es bestimmte Grenzen gab, gegen die Deutschland selbst einen hoffnungslosen Kampf aufnehmen würde.

Prinz Max geht dann auf die Ursachen des Zusammenbruchs in der inneren Politik ein. Die Ausschaltung aller Nebenregierungen war im besten Gange, bei dem ersten Konflikt gab Ludendorff nach, bei zweitem nahm er seinen Abschied. Da kam die Auflösung der Abdankungsfrage durch Präsident Wilson. Der Prinz habe den Kaiser dauernd orientiert, dessen freiwilliger Entschluß, das Reich vor schweren Erschütterungen bewahren konnte. Man dürfe das Jögern des Kaisers nicht falsch verstehen, es seien gewichtige Einflüsse am Werk, die ihn davon überzeugten, daß seine Abdankung das Signal zur Auflösung der Front wäre. Dann fährt Prinz Max wörtlich fort:

Als ich nach den Äußerungen die Gefahr des Bürgerkrieges immer näher rückte, sah, suchte ich am Donnerstag eine Unterredung mit dem Abgeordneten Ebert und teilte ihm mit, daß ich nach am gleichen Abend ins Hauptquartier reisen wollte. Er überbrachte mir, das Ergebnis dazu zu tun, damit seine Partei und die Wahlen das Ergebnis meines Besuchs abwarteten. Am Nachmittag desselben Tages überbrachten mir Herr Scheide mann und Ebert das Ultimatum der Sozialdemokratie, das mich drang, meine Entlassung einzureichen, denn es bedeutete den Zusammenbruch meiner Politik, nicht zu verweigern, sondern zu überzeugen.

Sie werden es mir ersparen über die Schritte zu sprechen, die ich nach meinem Entlassungsgesuch unternommen habe. Sie hatten nur den einen Zweck, den unermesslich gewordenen Umsturz sich ohne einen Erbrückerkampf

vollziehen zu lassen. Ich will mit denen, die den Umsturz herbeigeführt haben und ihn unterstützen, nicht rechten. Ich glaube noch heute, daß sich die Volkswille ohne Gewalt hätte durchsetzen können auf dem Wege der gleichzeitigen Versammlung, die nach dem Zerfall Oesterreichs eine Ehrenpflicht geworden war. Ich kann den Gedanken nicht loswerden, daß vielleicht doch unsere Arbeiter und Soldaten nach 24 Stunden Gehalt gehabt hätten, wenn Führer aus ihrer Mitte ihnen die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Demofront so deutlich gemacht hätten, wie die Soldaten an der Front es deutlich war, daß die Schlachtfrent halten mußte. Dann wäre nicht der Zusammenbruch gekommen einen Tag vor der Waffenruhe.

Der Umsturz hat sich unumkehrlich vollzogen. In die Hände der neuen Regierung ist eine ungeheure Verantwortung gelegt. Sie kann und als Nation retten, und sie kann und als Nation zerstören.

Ich habe den Reichskanzler Ebert als einen Mann kennen gelernt, der reinen Willens ist und dem es Überzeugungssache ist, daß Deutschland nur seinen internationalen Pflichten genügen kann, wenn es sich als Volkseinheit erhält. Die Regierung kann uns vor dem Bürgerkrieg bewahren, wenn sie demokratisch regiert, und ihre erste, nicht aufzuschiebende Pflicht ist es, sich durch

eine verfassunggebende Nationalversammlung die Rechtsgrundlage für ihre Macht geben zu lassen. Usurpierte Macht trägt das neue befreite deutsche Volk nicht. Es hat sich durch die Bildung der Vollregierung am 3. Oktober von der Diktatur Ludendorffs befreit; es wird keine andere Diktatur einer Minderheitsgruppe ertragen. Aber eine Schande wäre es für Deutschland, wenn uns die Feinde, die nur mit einer rechtmäßigen deutschen Regierung unterhandeln wollen, erst die Einberufung einer konstituierenden Versammlung anfehlen müßten.

Hier darf die Regierung sich nicht die Initiative nehmen lassen; wenn sie demokratisch handelt, dann kann sie sicher sein, daß ihr die freiwilligen Kräfte aus allen Lagern zufließen werden um ihr bei der übermenschlichen Aufgabe zu dienen.

Der frühere Reichskanzler sagt dann weiter, daß militärischer Widerstand unmöglich sei, aber moralischer geleistet werden müsse. Der uns zugesandte Friede sei viel schlimmer, als der „wahrlich nicht nachahmenswerte“ Frieden von Brest-Litowsk. Würden die Waffenstillstandsbedingungen bleiben, wie sie sind, so sei der Völkerrund tot vor seiner Geburt. Kein Volk aber dürfe in Ketten an den Verhandlungstisch geführt werden. Der Prinz schließt mit den Worten eines Soldatenbriefes: „Gebet der Himmel, daß Deutschland nicht charakterlos aus diesem Kriege hervorgeht.“

Die Hauptbedeutung dieser Schrift des Kanzlers der zwischenrevolutionären Epoche liegt in der Klarlegung der Umstände, unter denen das Waffenstillstandsangebot zustande gekommen ist. Die alldeutsche Union, die Politik der demokratischen Regierung hätte dem gerühmten Militarismus das Rückgrat gebrochen, wird schonungslos enthüllt. Der Militarismus ist in sich selbst zusammengebrochen, Ludendorff hat zum Abschluß des Waffenstillstands und damit zum Frieden um jeden Preis gedrängt.

Der Waffenstillstand.

Die alliierte Kommission in Spa. — Freilassung von Geiseln. — Oesterreich an Wilson.

Haag, 15. November. (Holländisch Nieuwsbüro.) Aus Paris wird gemeldet: Das alliierte Oberkommando hat den deutschen Oberbefehl draktillos davon verständigt, daß die alliierte Kommission der internationalen permanenten Waffenstillstandskommission am 15. November in Spa einreisen wird. Die Stelle, wo die Kommission die Linien überschreiten wird, wird draktillos durch jede der alliierten Armeen den Kommandanten der ihnen gegenüberstehenden Armeen bekanntgegeben werden.

Nach Ziffer 8 und 18 der Waffenstillstandsbedingungen ist die sofortige Durchführung der Freilassung von Geiseln, Zivilinternierten, im Anlagenzustand befindlichen Personen und Besatzungen notwendig. Die Ausführung dieser Bestimmungen liegt dem Kriegsministerium ob und ist von diesem bereits in die Wege geleitet.

Washington, 15. November. (Meuter.) Oesterreich hat den Präsidenten Wilson ersucht, er möge eine Abänderung der alliierten Waffenstillstandsbedingungen durchsetzen, damit es den Oesterreichern und Ungarn ermöglicht würde, in der Türkei zu bleiben, anstatt nach Hause zurückzukehren und damit das Lebensmittelproblem noch zu erschweren. In der Note wird gesagt, daß Oesterreich nicht länger als friedensfördernd zu betrachten sei, es bestehe auch nicht die Notwendigkeit, die Entfremdung der Oesterreicher aus der Türkei zu erzwingen.

Budapest, 14. November. Minister Bela Linder, den die ungarische Regierung zur endgültigen Besetzung des Waffenstillstandes nach Belgrad geschickt hatte, berichtet von einer besonders lebhaften Diskussion über folgenden Punkt: Die Serben wollten nämlich den Umstand, daß ihre Truppen vor der definitiven Ausrüstung der Waffenstillstandsbedingungen auf ungarischem Gebiet vorrückten, dazu ausnützen, daß sie auf den besetzten Gebieten eine serbische militärische Administration installierten. Schließlich gelang es, sie von der Unrichtigkeit ihres Standpunktes zu überzeugen. So bleibt auf dem letzten Gebiet überall die ungarische Verwaltung im ganzen Umfange aufrecht.

Mit der Unterfertigung der Konvention hörten seit gestern abend auch formell zwischen Ungarn und der Entente die Feindseligkeiten auf, welche Ungarn bereits am 1. November eingestell hatte.

Die Lebensmittelversorgung.

Deutsche Dankesnote nach Washington.

Berlin, 15. November. Die deutsche Regierung hat eine Note nach Washington geschickt, in der mit Dank davon Kenntnis genommen wird, daß Präsident Wilson gewillt ist, die Sendung von Lebensmitteln nach Deutschland in günstigem Sinne zu erwägen. Es wird darauf hingewiesen, daß größte Eile notwendig ist und daß die Annahme der drückenden Waffenstillstandsbedingungen mit ihren Folgen die Lage bei uns täglich unerträglicher mache. Die Gefahr anarischer Zustände könne nur bei schnellster Hilfe beseitigt werden.

Die deutsche Regierung bittet deshalb, so schnell als möglich Vertreter nach dem Haag oder einem anderen Orte zu entsenden, um dort mit denjenigen Bevollmächtigten die Einzelheiten zu beraten. Die Note regt an, daß die Angelegenheit vielleicht in die bewährten Hände des Herrn Hoover gelegt werden könnte.

Englische Arbeiterpartei, Koalitionsregierung und Weltarbeiterkongress.

Der Termin der englischen Neuwahlen.

Der Beschluß der Konferenz der Arbeiterpartei, die Beziehungen zur Koalitionsregierung abzubreaken, wurde mit sehr großer Mehrheit gefaßt. Der Beschluß hängt mit den bevorstehenden Neuwahlen zusammen, die eine neue Lage schaffen. Die Arbeiterpartei braucht absolute Stimmfreiheit. Des weiteren aber hat bei der Aufgabe der Gemeinschaft die Regierung der Arbeiterpartei zur Friedenskonferenz hinzuzutreten, eine Rolle gespielt.

Aus einigen Mitteilungen über die Konferenz wird das deutlich. Thomas, der Führer der Eisenbahner, der den Antrag, aus der Regierung auszutreten, unterstüßte, erklärte, daß eigentlich die Arbeiter den Krieg gewonnen haben. Wenn sie aus der Friedenskonferenz nicht vertreten würden, würden sie die einzige dort nicht vertretene Klasse sein. Die Arbeiter hätten durch das, was sie geleistet, das Recht erworben, ihre Stimme voll zur Geltung zu bringen und nicht nur als Teil der Koalition bei der Friedenskonferenz anwesend zu sein. Ramsay MacDonald betonte, wenn auf der Friedenskonferenz kein Vertreter der Arbeiter sich befinde, sei es keine Friedenskonferenz. Die Weltarbeiterkonferenz sei vielleicht von noch größerer Bedeutung. Ramsay MacDonald sagte weiter, wenn wir den Frieden sichern wollen, müssen wir eine Konferenz fordern, die die Stimme der Arbeiter beizutreten läßt, daß sie nicht mißverstanden werden können. Der Präsident der Grubenarbeiter Smillie sagte, daß die Arbeiter bei der Konferenz

mindestens die Hälfte der Delegation ausmachen müssen. Der Lebensmittelkontrollleur Clynes, der den jetzigen Zeitpunkt für den ungünstigsten für die allgemeinen Wahlen erachtete und der Meinung war, daß die Mitglieder bis zur Unterzeichnung des Friedens bei der Regierung bleiben sollen, stand in der Frage der Beteiligung an der Friedenskonferenz auf Seiten Thomas. Er sagte: Bei den Friedensverhandlungen würden viele Probleme im Zusammenhang mit der Lebensmittelversorgung zur Sprache kommen. Dabei müßten die Arbeiter Mitbestimmungsrecht in den Nationalisierungsverfügungen sowohl in England als auch den feindlichen Ländern haben.

Die politische Stimmung der Konferenz wird durch folgenden Vorgang scharf beleuchtet: Wiederholt wurde die Forderung gestellt, John Maclean, der ehemalige bolschewistische Konsul in Glasgow, der noch interniert ist, sollte freigelassen werden; ein diesbezüglicher Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Beschluß der Konferenz, die Verbindung mit dem Koalitionsministerium, die auf den letztjährigen Kongressen der Arbeiterpartei umkämpft worden ist, nunmehr abzubrechen, scheint aber bei den Arbeiterministern aus Widerstand zu stehen. Wenigstens berichtet Meuter: „Die acht Arbeiterminister der Regierung werden demnächst zusammenkommen, um zu dem Beschluß der Arbeiterkonferenz, daß sie nach Auflösung des Parlaments austreten sollen, Stellung zu nehmen. Es verlautet, daß diese Minister nicht einsehen, warum sie aus der Regierung in dem Augenblick austraten sollen, wo die Arbeiter vollen Einfluß auf die Verwaltung haben sollen, zumal da sie mit voller Zustimmung ihrer Gewerkschaften in die Regierung eingetreten wären.“

Man wird Näheres über die Haltung der Arbeiterminister abwarten können. In einer kritischen Stunde während des Krieges, als die Regierung in der Wehrkraftfrage einen energischen Schritt tat, haben die damaligen drei Arbeiterminister jedenfalls anerkannt, daß die Entscheidung der Partei für ihr Verbleiben im Amt oder ihren Rücktritt maßgebend sei. Sie zeigten zuoberst ihren Rücktritt an und behielten dann ihre Posten, als

die Partei zustimmte. Zugleich aber hat die Partei sich zu einem Gebilde gefügt, das mehr als je zuvor die Gesamtheit der englischen Arbeiterklasse vertritt und verkörpert. Es ist nicht anzunehmen, daß der Einfluß der politisch-sozialistischen Organisationen der alten Gewerkschaften sich nicht wesentlich gemindert hätte durch die Entwicklung der englischen Arbeiterklasse zur vollen Selbstständigkeit des politischen Handelns.

Amsterdam, 15. November. Sonat Saw teilte im Unterhause mit, daß das Parlament in der nächsten Woche vertagt werde. Lloyd George habe dem Könige geraten, am 25. November eine Proklamation zu erlassen, durch die das neue Parlament zusammenberufen wird. Die Wahlen werden am 14. Dezember stattfinden und die Stimmzählung erfolgt am 31. oder 28. Dezember.

Internationaler Arbeiterschutz notwendig

Haag, 15. November. (Holländisch Nieuwsbureau.) Aus London wird gemeldet: Es fand eine große Versammlung zur Eröffnung der Wahlkampagne statt. Der Arbeiter-Abgeordnete Adamson erklärte, daß keinerlei Verträge, die während des Krieges unter Staatsverwaltung gestellt worden waren, jetzt den Arbeitgebern und den Privatverwaltungen zurückgegeben werden dürften, das heißt also Verstaatlichung von Eisenbahnen, Werften usw. Weiter wird verlangt, daß die Friedensbedingungen einhalten müssen, die die Kapitalisten, gleichviel ob deutsche oder andere verhindern muß, die deutschen Arbeiter auszubeuten.

Sunderford, der einen sehr kühlen Empfang hatte drängte auf Wiederherstellung der internationalen Arbeiterpartei.

Die rote Welle.

Die Bewegung in Frankreich.

Bern, 14. November. „Populaire“ meldet: In der französischen Kammer rief am 11. November ein Sozialist: „Es lebe die deutsche Republik!“ Der Ruf wurde von allen Internationalisten aufgenommen und wird, wie „Populaire“ hinzusetzt, vom ganzen französischen Volke und Weltproletariat aufgenommen. „Deux“ veröffentlicht den vom geschäftsführenden Ausschuss der „Confédération generale du travail“ an das organisierte Proletariat gerichteten Aufruf, in dem die deutsche Republik begrüßt wird. „Kappel“ erklärt: Dieses historische Ereignis verlangt, daß der

Friede auf den Grundfragen der Freiheit des Volkes, über sich selbst zu verhängen, abgeschlossen wird. Der Eroberungsmilitarismus und die brutale Gewalt seien endgültig niedergeworfen. Auf neuen internationalen Grundlagen müsse die Welt wiederhergestellt werden. Bei dieser Wiederherstellung sollten

alle Völker auf gleichem Fuße behandelt

werden. Die organisierte Arbeiterklasse habe die Aufgabe, die erworbenen Freiheiten zu wahren und die ihr zukommende neue Rolle zu sichern, obwohl Frankreich hinter anderen Nationen zurückblieben würde. Das Ende der imperialistisch-militaristischen Welt muß die vollkommenste Freiheit des Denkens, Redens und Schreibens sein, ohne welche die Sozialdemokratie nicht bestehen könnte.

Die Resolution der französischen Sozialisten.

Genf, 15. November. (Sig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der ständige Verwaltungsausschuss der sozialistischen Partei Frankreichs nahm am Dienstag mit 13 gegen 11 Stimmen folgende Tagesordnung an:

Der Waffenstillstand ist unterzeichnet. Die sozialistische Partei als französische Sektion der Arbeiter-Internationalen gibt ihrer Freude Ausdruck über das Aufhören der Feindseligkeiten. Als Vorbild des neuen Friedens begrüßt sie die Deutsche Republik und die Weltbürgerkriegsrevolution. Sie im Hinblick der Sowjets tritt der Sozialismus in ganz Mittel- und Ost-Europa sonst als der berufene Liquidator der durch den Krieg hinterlassenen politischen und sozialen Lage auf. Die Partei steht so das Vertrauen gerechtfertigt, daß sie immer auf die Aktion der Völker gesetzt hat.

Sie erkennt an, daß gewisse Bedingungen des Waffenstillstandes der Befriedung Raum geben, daß seitens der Regierungen der Entente die Absicht einer verbrecherischen, bewaffneten Intervention gegen das revolutionäre Russland näher gerückt ist, und ruft deshalb alle Kräfte des französischen Proletariats auf, um zu verhindern, daß der in Russland, Deutschland und Österreich sich entwickelnde Sozialismus durch eine Koalition des fremden Kapitalismus erstickt werde. Die Partei fordert dringend die französischen Arbeiter auf, sich ihren Gewerkschaften und Parteigruppen anzuschließen, die Zeitungen ihrer Klasse zu unterstützen und sich bereitzuhalten, um den Sozialismus in Frankreich zum Triumph zu führen, wie in den übrigen Ländern Europas.

Der Parteiausschuss hat in der nämlichen Sitzung einstimmig Viktor Adler einen Nachruf gewidmet, und beschlossen, eine öffentliche Feier zu veranstalten aus Anlaß des Abschlusses des Waffenstillstandes und der Erklärung der Republik in Deutschland.

Generalfstreik in Mailand.

Bern, 14. November. Die „Corriere della Sera“ erkennen, wird in Mailand seit zehn Tagen kaum noch gearbeitet. Nach „Secolo“ sollen von der Mailänder Arbeiterkammer zwecks Wiederaufnahme der Arbeit folgende Forderungen zu erfüllen Bedingungen erfüllt werden: Amnestie für alle politisch Verurteilten, Aufhebung der Zensur, Wiederherstellung der Versammlungsfreiheit, „Unione Italiana di Lavoro“ verlangt von der Regierung, die ansangs des Krieges den Arbeitern gemachten Versprechungen zu erfüllen, wie Währungsreform, soziale Versicherung, Neuwahl des Parlaments, absolute politische Gleichheit. Nur unter Gewährung dieser Garantien können die berechtigten Ansprüche um die Preisfreiheit in geordnete Bahnen gelenkt werden. Selbst die führenden bürgerlichen Blätter „Corriere“ und „Secolo“ vertreten in den Leitartikeln einzelne Teile dieser Forderungen.

Verfassungsrevision in Schweden.

Stockholm, 15. November. (Svenska Telegrambran.) Die Regierung veröffentlicht eine Erklärung, laut deren sie nach genauer Prüfung der jetzigen Lage eine Verfassungsrevision beschlossen hat. Bei dem jetzt versammelten außerordentlichen Reichstage wird eine Regierungsvorlage über ein gleiches Gemeinwahlrecht für alle in ihrer Gemeinde Steuerpflichtigen eingebracht werden, das auch bei Rückland in der Steuerzahlung nicht wegfällt. Die Provinz-, Stadt- und Gemeindevertretungen werden aufgelöst und Neuwahlen nach den neuen Grundgesetzen erfolgen.

Dem nächsten ordentlichen Reichstage wird die Regierung eine Vorlage über die Änderung am politischen Wahlrecht unterbreiten, dergestalt, daß die Frauenwahlrechtlich den Männern gleichgestellt werden und gewisse Wahlrechtshindernisse

wegfallen, so daß nur dauernd vom Wahlrecht ausgeschlossen bleiben.

Durch weitere Grundgesetzänderungen wird der Reichstag ein Mitspracherecht über Krieg und Frieden und eine wirksame Aufsicht über die äußere Politik erhalten.

Die Erklärung schließt: Die Regierung ist fest entschlossen, alle Kräfte dafür einzusetzen, um dies Programm durchzuführen und Ruhe und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Sie richtet an das schwedische Volk die Mahnung, sie angelichts der jetzigen schwierigen Verhältnisse der inneren und äußeren Politik in der Arbeit zur Lösung dieser Aufgaben zu unterstützen.

Reformen in Holland.

Haag, 15. November. Der Erste Minister wird, dem Korrespondenzbureau zufolge, heute in der zweiten Kammer im Namen der Regierung eine Erklärung abgeben, in der eine Anzahl von Reformen angekündigt wird. Mit Rücksicht auf die Möglichkeit eines Eisenbahnstreiks werden verschiedene vorübergehende Maßregeln getroffen.

Trotz der Ruhe, die aus den letzten Depeschen über die Lage in Holland spricht, scheint im Lande noch immer Schwüle und gereizte Stimmung zu herrschen. Die sozialrevolutionäre Propaganda beunruhigt offenbar. Überall im Lande propagiert man die Bildung von Arbeiterorganisationen. Im Süden des Landes wurden Bauern mit Gewehren bewaffnet.

Scheidemann über die amerikanische Hilfe.

Die fürchtbare Unterernährung Deutschlands.

Das Mitglied der Reichskolonial Scheidemann erklärte einem Vertreter der „Continental Times“:

Der Herr Präsident der Vereinigten Staaten hat am 11. November vor dem Kongress erklärt, daß die Militärs den beschleunigten die Mittelamerika mit Lebensmitteln zu versehen. Das deutsche Volk anzukommen diese erste Friedenshilfe und hofft auf schnelle Erfüllung des Versprechens. Das wir dazu tun können, geschieht: eine Kommission wird sich unterzüglich zum amerikanischen Gesandten in Haag begeben, um eine Festschreibung der von dem Präsidenten in Aussicht gestellten Unterstützung zu ermöglichen und vorläufige Sendungen in die Wege zu leiten; aber heute, in der hoffentlich

letzten Stunde unseres Martyriums,

das angeht die vernichtenden Lagenverhältnisse, bedingungen der Not, nur durch ein neues solches abgeholt wird, muß für immer vor aller Welt festgesetzt werden: Noch nie ist ein Krieg grausamer und noch nie im Rahmen eines Krieges der Kampf gegen Leben und Weibchen eines Volkes so unarmherzig und nachhaltig geführt worden wie der Hungerkrieg gegen unsere Frauen und Kinder in der Heimat. Die Verluste an Leben und Gesundheit der blutigen Verurteilten aller Völker unvorstellbar. Was aber auf die Taten an Gesundheit und Lebenskraft geschwächt wurde, ist kaum abzuschätzen. Was der Krieg und seine Folgen für unsere Zukunft bedeuten, das können Sie am besten aus den Beobachtungen ersehen, die bei unseren Müttern und Säuglingen gemacht wurden. Siebenzig Prozent aller Schwangeren und Gebärenden sind untererährt und kommen so ausgehungert in die Welt, daß kein Eisenrost vor ihnen sicher ist. Unterernährung und Blutmangel haben einen solchen Umfang angenommen, daß die jüngste Grippeperiode nahezu 20 Proz. aller Schwangeren und Gebärenden hingerichtet hat. Die Kinder können von den Müttern nicht gestillt und mit dem Biermilch auch nicht mit der Flasche ernährt werden, so daß wir jetzt eine

Sterblichkeit von mindestens 30 Proz.

bei den ehelichen Kindern und 50 Proz. bei den unehelichen Kindern haben. Heute besteht in Deutschland tatsächlich der jenseitige Zustand, daß wir für die Mütter und Neugeborenen der ärmsten Bevölkerung eine vollkommene, die schwersten Opfer fordernde Hungersnot haben. Sie sehen daraus, daß für unsere bisherigen Gegner der Krieg mit dem letzten Schuß tatsächlich vorbei war, während er für uns noch im Marke des Volkes weiter mühlt. Einen wirklichen Frieden kann für uns erst umfassende Ernährung und damit Neubildung der Arbeiterschaft bedeuten.

Die neue sächsische Regierung.

Die Vorkandidaten der Arbeiter- und Soldatenräte von Dresden, Chemnitz und Leipzig haben eine neue Regierung gebildet. Die Regierung setzt sich aus folgenden Volksbeauftragten zusammen: Lipinski Jüngerer und Käuherer; Geher Finanzen; Pfeifferer Militärwesen; Schwarz Arbeiterministerium; Dr. Gradnauer Justiz; Adl Andrus und Unterrichts. — Die Geschäfte der Ministerien sind heute vorläufig von den Volksbeauftragten übernommen worden.

Die bürgerlich-republikanische Partei.

Eine neue Parteigründung.

Die Gründungsarbeiten, von denen wir berichteten, haben zur Herandabgabe eines Aufrufes geführt, der von bekannten bürgerlich-liberalen Persönlichkeiten, Männern und Frauen, unterzeichnet ist. Der Aufruf führt aus, daß am 9. November auch die alten Parteiformen zerbrochen und die alten Parteiprogramme gegenstandslos geworden sind. Es wird eine große demokratische Partei für das ganze Reich gefordert. Anstelle eines Programmes proklamiert der Aufruf gemeinsame Grundätze:

Der erste Grundatz besagt, daß wir uns auf den Boden der republikanischen Staatsform stellen, sie bei den Wahlen vertreten und den neuen Staat gegen jede Reaktion verteidigen wollen, daß aber eine unter allen nötigen Garantien gemählte Nationalversammlung die Entscheidung über die Verfassung treffen muß. Der zweite Grundatz besagt, daß wir die Freiheit nicht von der Ordnung, der Gesetzlichkeit und der politischen Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen zu trennen vermögen, und daß wir jeden bolschewistischen, reaktionären oder sonstigen Terror bekämpfen, dessen Sieg nicht anders bedeuten würde als gesamtvolkliches Elend und die Vernichtung der ganzen zivilisierten, vom Hochgedanken erfüllten Welt.

Wir wissen, daß heute nur fähne Mittel helfen können, und daß von allen Befehlenden große Opfer zu fordern sein werden, wenn aus dem Trümmerteil eine glücklichere Zukunft sich erheben soll. Die Welt erfordert die Gestaltung einer neuen sozialen und wirtschaftlichen Politik. Sie erfordert, für monopolistisch entwickelte Wirtschaftsbereiche die Idee der Sozialisierung aufzunehmen, die Staatsdomänen aufzuklären und zur Entfaltung des Großgrundbesitzes zu schreiten, damit das Bauerntum geschützt und vermehrt werden kann. Notwendig sind fähne Erlassung des Arbeitsgesetzes, einmalige progressive Vermögensabgabe, andere tiefgreifende Steuermaßnahmen, geschlechte Sanierung der Arbeiter-, Angehörigen- und Frauenrechte, Sicherung der Ansprüche der Kriegsteilnehmer, ihrer Witwen und Waisen, Stärkung der selbständigen Mittelklasse, Freiheit für den Aufstieg der Tüchtigen und die internationale Durchführung eines sozialpolitischen

Mindestprogramms. Wir betonen den Lebensfremden, Bierden Diktatorismus und sind überzeugt, daß alle Stände, Arbeiter wie Bürger und Bauern, sich nur dann wieder emporkommen können, wenn man die deutsche Wirtschaftspolitik vor bolschewistischen und bürokratischen Experimenten bewahrt.

Unter den Unterzeichnern finden sich eine Anzahl Personen, die bisher teils dem linken Flügel der Fortschritt. Volkspartei angehört, teils als Jungliberale auf dem linken Flügel der Nationalliberalen standen, teils als linksgerichtete Angesehener bekannt waren, auch frühere Führer der Demokratischen Vereinigung. Von bekannten Namen nennen wir: Frau Theodor Barth, Graf Bethsh-Duc, Frau Minna Cauer, Staatssekretär a. D. Dernburg, Justizrat Dove, M. d. N., Preussischer Minister Friedrich, Prof. Franke, Hellmuth v. Gerlach, Georg Gothein, M. d. N., Wilh. Heile, Professor Heinrich Hertner, Johannes Jund, M. d. N., Paul Diepmann, Geheimrat Justizrat, M. d. N., Dr. Giff-Ohltingen, M. d. N., Professor Franz von Liszt, M. d. N., Justizrat Ludwig-Erhard, M. d. N., R. Lusenly, Ministerialdirektor a. D. Bruno Marwig, Justizrat, Dr. Rudolf Mosse, Redakteur Rutsche („Berliner Volksztg.“), Hugo Preuß, Professor und Rektor der Handelshochschule, Freiherr v. Richthofen, M. d. N. u. M. d. N., Hellmut Sarwey („Münchener Neueste Nachrichten“), Prof. Alfred Weber-Heidelberg, Mag. Wiegner („Frankfurter Ztg.“), Richard Witting, Oberbürgermeister a. D., Theodor Wolff („Berliner Tageblatt“), Gustav Hartmann u. a. m.

Die Namen zeigen, daß es sich um eine frischzuehmende Parteibildung handelt.

Großdeutsche demokratische Partei.

Fortschrittlich-nationalliberale Wahlbündnis.

Führende Mitglieder der Hauptverbände und Fraktionen der nationalliberalen Partei und der fortschrittlichen Volkspartei haben sich am Freitag, den 15. November, auf ein gemeinschaftliches Vorgehen bei den Wahlen zur Nationalversammlung geeinigt. Sie setzen einen Aufruf ein, der das Programm für den Wahlkampf aufstellt und die Grundlage zu einer großdeutschen demokratischen Partei durch Zusammenfassung der beiden liberalen Parteien schaffen soll.

Garantie der Guthaben, der Krieganleihe, der Gehalts- usw. Ansprüche.

Um umlaufenden Gerüchten entgegenzutreten, erklärt die Reichsregierung:

1. Wir beabsichtigen nicht eine Beschlagnahme von Bank- und Sparkassenguthaben, von Vorräten an Geld oder Banknoten oder Wertpapieren oder sonstigen offenen oder geschlossenen Deposits vorzunehmen.

2. Wir beabsichtigen nicht die Zeichnungen auf die Krieganleihe oder die Krieganleihen überhaupt für ungültig zu erklären oder in ihrer Rechtsgültigkeit anzuzweifeln. Die Regierung beabsichtigt jedoch die großen Vermögen und Einkommen auf das schärfste zur Deckung der Ausgaben heranzuziehen.

3. Die Gehalts-, Pensions- und sonstigen Rechtsansprüche der in öffentlichen Diensten stehenden Beamten und Angestellten, der Offiziere und der anderen Personen des Soldatenstandes, der Kriegsschädigten und der Hinterbliebenen dieser Personen bleiben völlig unberührt und weiterhin in Kraft.

Der Rat der Volksbeauftragten:

Ebert, Hoffe.

Neuordnung der Kommandoverhältnisse.

Um eine einheitliche Regelung der Demobilisierung durchzuführen zu können, ist eine Neuordnung der Kommandoverhältnisse notwendig. Die stellvertretenden Generalkommandos, der Generalfstab und die Oberste Heeresleitung werden von jetzt ab dem Kriegsministerium unterstellt. Dessen Befehlen haben alle militärischen Kommandobehörden Folge zu leisten. Das Kriegsministerium sowie alle Reichsbehörden unterstehen der Kontrolle des Volksgenossen des Arbeiter- und Soldatenrates.

Der Volksgenoss des Arbeiter- und Soldatenrates:

Rollenhuth, Richard Müller.

Feldpostsendungen eingestellt.

Bekanntmachung.

Wegen der gegenwärtigen Wohnverhältnisse ist im Einberufen mit der Heeresverwaltung die Annahme sämtlicher nichtamtlicher Feldpostsendungen nach der Westfront und die Annahme von Feldpostsendungen mit Wareninhalt (Päckchen) nach der Ostfront von heute ab eingestellt worden. Trotzdem noch ausgelieferte derartige Sendungen werden den Absendern zurückgegeben werden.

Nach dem Balkan, der Türkei, Rumänien und Oesterreich-Ungarn bleibt der gesamte Feldpostverkehr gesperrt.

Der Staatssekretär des Reichspostamts:

Rubin.

Hugo Preuß Staatssekretär des Innern.

Der Rat der Volksbeauftragten hat in seiner heutigen Sitzung Professor Dr. Hugo Preuß zum Staatssekretär des Innern ernannt. Die Geschäfte des Reichsfinanzamts führt Dr. Solf, der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, weiter.

Ein Nachzügler.

Der Fürst Adolf von Schaumburg-Lippe hat für sich und sein Haus dem Thron entzogen und alle Beamten von den ihm geleisteten Treueid entbunden. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Weidenburg hat die Regierung im Lande übernommen. Das Ministerium ist zurückgetreten, verläßt aber vorläufig die Geschäfte weiter.

Unabhängiger Unterstaatssekretär. Zum Unterstaatssekretär im preussischen Finanzministerium ist der unabhängige Sozialdemokrat Hugo Simon, Mitinhaber einer Bankfirma, ernannt.

Letzte Nachrichten.

Die ausgewiesene Schweizer Sowjetkommission.

Konstanz, 15. November. Heute früh 7.40 Uhr ist die aus der Schweiz ausgewiesene Sowjetkommission auf der Durchreise nach Deutschland hier eingetroffen. Die aus 22 Personen bestehende Kommission wird indessen zur Prüfung der Legitimation hier festgehalten. Es handelt sich darunter die bekannte Revolutionärin Dalabandji.

Gewerkschaftsbewegung

Die Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden.

Die großen Arbeitgeberverbände haben gestern mit den Gewerkschaften folgende Vereinbarung für die Übergangswirtschaft getroffen:

1. Die Gewerkschaften werden als berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt.
 2. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig.
 3. Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Wertverzeine (die sogenannten wirtschaftsrechtlichen Verzeine) fortan vollständig selbst überlassen und sie weder mittelbar, noch unmittelbar unterstützen.
 4. Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, sofort nach Meldung in die Arbeitsstelle wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege inne hatten. Die beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände werden dahin wirken, daß durch Verschaffung von Nachhilfen und Arbeitsaufträgen diese Verpflichtung in vollem Umfange durchzuführen kann.
 5. Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachmarktes.
 6. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen hierüber sind ohne Vorzug anzunehmen und schleunigst zum Abschluß zu bringen.
 7. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterschaft von mindestens 50 Beschäftigten ist ein Arbeiterausschuß einzusetzen, der diese zu vertreten und in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber zu wachen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarung geregelt werden.
 8. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsausschüsse bzw. Einigungsämter vorzusehen, bestehend aus der gleichen Anzahl von Arbeitern und Arbeitgebervertretern.
 9. Das Höchstmaß der wöchentlichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf 8 Stunden festgesetzt. Verdienstminderungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.
 10. Zur Durchführung dieser Vereinbarung sowie zur Regelung der zur Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeiterschaft, insbesondere der Schwerkrankenbeschäftigten zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer-Organisationen ein Zentralausschuß auf paritätischer Grundlage mit beruflich qualifiziertem Interbau errichtet.
 11. Dem Zentralausschuß liegt ferner die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, soweit sich solche namentlich bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Festlegung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen.
 12. Seine Entscheidungen haben für die Arbeiter und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der in Frage kommenden beiderseitigen Berufsverbände angefochten werden.
 13. Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gelten vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelungen. Bis auf weiteres mit einer gegenseitigen dreimonatigen Kündigung.
- Diese Vereinbarung soll fernerhin auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Angestelltenverbänden gelten.

Gegen die Lauen und Klauen.

In einer Abrechnung mit denjenigen Anarbeitern, die noch heute den Geist der Zeit nicht begriffen haben, gestaltete sich die Wahl des Arbeiterrates bei den Angestellten des Kriegswirtschaftsministeriums als ein Kampf um die deutsche Zeitungsgewerbe in Oberlands Reich. Verluste des Syndikats und Personalrats der Gesellschaft, die Leitung der Verammlung an sich zu ziehen und dadurch die Angestellten wie bisher zu beherrschen, überließen. Unsere Genossen A. Meyer und W. Schmidt vom Arbeiterrat bei der Kriegswirtschaftsministeriumsgesellschaft machten in passender Weise die Angestellten mit den Forderungen der neuen Zeit bekannt: Alle Angelegenheiten der Angestellten sollen in Zukunft von dem Prinzipal entschieden und entschieden werden, doch als oberster Maßstab der Wille der Majorität zu entscheiden hat. Genosse Klein, Angestellter der Kriegswirtschaftsministeriumsgesellschaft für das Zeitungsgewerbe, wies das Personal auf den Ernst und die Tragweite dieser Wahlen hin. Nur Leute, die der Partei und Gewerkschaft angehören, sind zu wählen, nicht aber Leute des „Lafayette“ und der „Vorposten“. Jeder Angestellte müsse sich heute organisieren. Die Arbeiter im Stahlbau dürfen nicht mehr hinter ihren Schwestern und Brüdern in den Fabriken zurückbleiben. Ebenso schlimm seien aber die Lauen und Klauen, die in den bäuerlich-kaufmännischen Verbänden, Vereinen und Clubs sich zusammenschließen haben. Es gibt für die Handlungsgehilfen und Gehilfen nur eine Organisation, die auf dem Boden des modernen Klassenkampfes steht und das Wohl und Wehe der Angestellten vertritt, dies ist der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands.

160 000 Auflage der „Vergarbeiter-Zeitung“!

Die neueste Nummer der „Vergarbeiter-Zeitung“ ist in einer Auflage von über 160 000 gedruckt. Darin kennzeichnet sich ebenfalls der erfreuliche Aufschwung des Vergarbeiterverbandes hauptsächlich in den letzten 20 Monaten. Die Auflage des Verbandsorgans belief sich bei Kriegsausbruch auf etwa 108 000, sie ging bis Mitte 1915 auf etwa 58 000 zurück. Der jetzige Stand bedeutet also eine glatte Zunahme der Auflage um mehr als 100 000 seit Mitte 1915 und gegen Kriegsbeginn stellt sie sich heute am über 50 000 höher. Das ist ein erfreuliches Ergebnis der organisatorischen Verarbeitung für den Verband.

Eine überaus stark besuchte Versammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen nahm in den germanischen Sitzung zu den Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat. Der Referent Schmidt begrüßte das neue revolutionäre Deutschland und ermahnte die kaufmännischen Angestellten, am Ausbau desselben gemeinschaftlich mit der Handarbeiterklasse mitzuarbeiten. Rein Paz dürfte in den Arbeiter- und Soldatenräten die diejenigen Elemente sein, die vor der Revolution die Einmütigkeit der Angestelltenbewegung bewahrt haben und die auch jetzt wieder am Werke seien, im Sinne der Arbeitgeber zu wirken. Sache der Handlungsgehilfen und Gehilfen muß es jetzt sein, die gewerkschaftliche und sozialistische Bewegung stärken und ihre Arbeitskraft in den Dienst des sozialistischen Deutschlands zu stellen.

In der Diskussion richtete die Rednerin vom „Schuhmacher- und Schuhwarenverband“ die Rede an die weiblichen Handlungsgehilfen, dabei auf die mannlichen Aufgaben verweisend, die der Erfüllung harrten. In seinem Schlusswort empfahl Schmidt, daß denjenigen Angestellten, deren Vertriebe weniger als 20 kaufmännische Angestellte haben, sich für die Wahlen mit den gewerblichen Angestellten oder Arbeitern zusammenzuschließen, und den Männern aus der Gruppe zu wählen, die am stärksten vertreten ist. Er weist darauf hin, daß die Angestellten der neuen Regierung durch ihre Vererbung wertvolle Dienste leisten können, z. B. im Finanzministerium und anderen Institutionen.

Der Schuhmacherverband hat seit dem 1. Quartal 1917 — dem Tiefstand der Mitgliedschaft während des Krieges — eine Gesamt-

zunahme von 5504 Mitgliedern zu verzeichnen. Es waren am Ende des 3. Quartals 1918 11 054 männliche und 11 260 weibliche, insgesamt 22 314 Mitglieder vorhanden. Bei Ausbruch des Krieges zählte der Verband 43 520 Mitglieder. Von diesen waren am Ende des 3. Quartals noch 18 200 zum Deere gemeldet. An Unterhaltungen zählte der Verband vom 2. Quartal 1914 bis Ende 2. Quartal 1918 435 591,96 M. Arbeitslosenunterstützung, 855 709,03 M. an Kriegsrenten und 574 912,64 monatliche Unterhaltungen aus Haupt- und Lokalkassen, das ergibt eine Gesamtsumme von 1 866 213,63 M.

Freiwillige Beiträge für die Partei.

Weite Kreise der Bevölkerung möchten ihr Interesse für die neue Ordnung auch durch materielle Beihilfe zum Kampffonds Ausdruck bringen. Freiwillige Beiträge richte man an das Sekretariat für Groß-Berlin

Th. Fischer, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Groß-Berlin

Zuschüsse für die Instandsetzung von Wohnräumen.

Die Zuschüsse, die für die Wohnreimachung leerstehender Wohnungen und Gebrauchsräume gewährt werden, sollen betragen: 1. bei Wohnungen, denen zur Mietreise die Beleuchtungsanlage fehlt: a) bei Eingiebung von Gas — zugleich für Kochherd — 35 M. für den Wohnraum, b) bei Eingiebung von elektrischem Licht — ein Lichtauslaß für jeden Wohnraum — trägt die Stadtgemeinde die vollen Kosten. 2) bei Wohnungen, die an sich mietstreu mit Licht, Wasserleitung und Abort versehen, wegen baulicher Abgenutztheit aber unermietbar sind, für die Ausbesserung von Fußböden, Decken, Fenstern, Türen, Decken, Gerdien usw. 7,50 M. für jeden Quadratmeter Wohnfläche. 3. Bei Wohnungen, wie unter 2. völlig abgenutzt und unermietbar, bei denen aber noch für die Vermietbarkeit der Ausbau ergänzt bzw. erneuert werden muß, insbesondere bei den Lichtleitungen, Wasserleitungen und Aborten, 15 M. für jeden Quadratmeter Wohnfläche. 4. Bei Wohnungen, wie unter 2. die durch Änderungen in der Raumeinteilung mietsfrei herzurichten sind, damit geordnete Zugänge zur Wohnung und zu ihren Teilen gewonnen werden, 25 M. für jeden Quadratmeter Wohnfläche. 5. Bei Fabrik, Lager-, Werkstätten-, Dienst-, Geschäft- und ähnlichen Räumen, die zu Wohnungen aufgeteilt und mit dem erforderlichen Zubehör eingerichtet werden sollen, die Hälfte der nachgewiesenen baulichermaßen notwendigen Kosten, jedoch nicht über 500 M. für jeden Wohnraum.

Über den Einbau von Dachwohnungen wird weiteres noch mitgeteilt.

Anträge, die sich auf die Gruppen 1—4 beziehen, sind spätestens bis zum 1. Dezember, soweit sie die Gruppe unter 2 betreffen, bis zum 1. Januar bei dem Wohnungsamt Berlin O 2, Schönebergstr. 12, einzureichen. Verfügungsberechtigte, die sich an diese Frist nicht halten, können unter Umständen später zwangsweise herangezogen werden. Etwas erforderliche hauspolizeiliche Genehmigung für die Gruppen 4 und 5 ist rechtzeitig anzubringen. Soweit sie für die übrigen Gruppen notwendig ist, bleibt es dem Antragsteller überlassen, sie rechtzeitig selber nachzuholen.

Die Tätigkeit des Generalkommandos.

Oberstmann Wolf vom Volksguard der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Aufgabe übernommen, in Berlin die vom Generalkommando beauftragten Arbeiten wieder in Gang zu bringen. Gestern hatte er Vertreter der Presse zu einer Konferenz eingeladen, in der er über das bisherige Ergebnis seiner Bemühungen berichtete. Beim Gardekorps ist es bereits erreicht, daß die Geschäfte wieder in Gange sind. Die Offiziere haben ihre Tätigkeit größtenteils wieder aufgenommen und führen die Arbeiten jetzt unter Aufsicht des Arbeiter- und Soldatenrats aus. Die Intendantur des Gardekorps hat vorbildlich gehandelt, indem sie überhaupt ohne Unterbrechung weiterarbeiten. Doch überall Ordnung geschaffen wird und erhalten bleibt. In von höchster Wichtigkeit für die Truppen, die demnach von der Front zurückzuführen werden. Es sollen besondere Vorkehrungen getroffen werden, daß für die von der Wehrmacht kommenden Truppenmassen die Lebensmittelversorgung nicht kockt. Jugendliche mit Lebensmittelkarten sollen möglichst bald nach dem Westen abgehen, auch sind dort bereits Sammellager für Lebensmittel geschaffen worden.

Fürsorgezöglinge.

Es ist nicht zulässig, die der Fürsorgeziehung übergebenen Kinder aus den Anstalten und Pflegefamilien herauszunehmen. Die Entlassung Berliner Zöglinge kann nur auf Anordnung der Weisendeputation erfolgen. Die Weisendeputation wird veranlassen, daß die Zöglinge wieder nach der Anstalt oder Pflegefamilie zurückgebracht werden.

Umwandlung der beiden Hofbühnen in Staatstheater.

In den letzten Tagen wurden seitens sämtlicher Angestelltengruppen des ehemaligen Kgl. Opernhauses Ausschüsse gewählt. Diese wurden gestern vom Finanzminister Dr. Scharf in empfangen. Der Minister teilte mit, daß die beiden ehemaligen Kgl. Theater als Staatstheater übernommen werden sollen, ferner daß die dem Generalmusikdirektor Dr. Strauß übertragene Leitung des Opernhauses eine provisorische sei. Die endgültige Regelung der Leitung und anderer Fragen werde unter Hinzuziehung der Ausschüsse und Berufsorganisationen in einigen Tagen erfolgen.

Ablösung der Reklamerinnen und Abschaffung des Trinkgeldes.

Über die Unterbringung der Kriegsteilnehmer unter den Angestellten des Gastwirtsberufes fand gestern eine Beratung des Vorstandes des Zentralverbandes deutscher Wirtvereinigungen mit sämtlichen Vertretern der Angestellten der Gastwirtsverbände statt. In Anbetracht dessen, daß die weibliche Bezeichnung in den Restaurants nur ein Ausnahmefall gewesen sei, wurde beschlossen, die Reklamerinnen in sämtlichen Gastwirtsberufen noch und noch zu entlassen, damit diese Stellen wieder von den Kriegsteilnehmern eingenommen werden können. Zur Regelung der Unterbringung der zurückkehrenden Kriegsteilnehmer, die zum Gastwirtsberuf gehören, ist eine besondere Kommission eingesetzt worden, bestehend aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Dieser Ausschuß ist dem paritätischen Arbeitsnachweis angegliedert. Alle Kriegsteilnehmer, die in dem Gastwirtsberuf Arbeit haben wollen, sind verpflichtet, sich zuerst bei dem paritätischen Arbeitsnachweis, Gormannstr. 67, zu melden. Von dort aus werden sie den einzelnen Arbeitsnachweiser zur direkten Unterbringung überwiesen. In einer gestern von mehr als 1000 Gastwirtsberufen besuchten Versammlung in den Germaniasälen wurde die Ablösung des Trinkgeldes durch Gewährung eines festen Gehalts verlangt.

Berliner Lebensmittel.

In nächster Woche wird als Ersatz für Fleisch Weizenmehl aufgegeben, für Erwachsene 250 Gramm, für Kinder 125 Gramm. Die Ausgabe erfolgt auf die 10 Fleischmarken der 47. Woche unter gleichzeitiger Vorlegung der Lebensmittelkarte oder der Berliner Bezugskarte bei demjenigen Händler, bei dem die Anmeldebüchlein Nr. 60/70 der Lebensmittelkarte abgegeben worden sind. Vorausmeldung nicht erforderlich. Wer die Büchlein 60/70 nicht angemeldet hat, kann das ihm zugehende Mehl unter Vorlegung seiner Lebensmittelkarte und gegen Abtrennung der 10 Fleischmarken Nr. 47 der Berliner Fleischkarte in den durch Säulenaufschlag angegebenen Geschäften beziehen. Der Preis für 250 Gramm Weizenmehl beträgt 18 Pf.

Der Magistrat erklärt die Fleischmarken der 47. Kalenderwoche der Reichsfleischkarte für den Fleischbezug im Stadtbezirk Berlin für ungültig. Diese Fleischmarken sind indes aufzubewahren, da hierauf der Ersatz für Fleisch in der nächsten Woche ausgegeben wird.

In der Zeit bis zum 19. wird an diejenigen Kunden, die in den Speisekartenlisten der in den Bezirken der 29., 31. und 32. Bezirksteile gelegenen Geschäfte eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Mehl verteilt. In den Bezirken der Bezirksteile 29., 31., 32., 33., 34., 35., 36., 37., 38., 39., 40. und 41. beginnt der Verkauf der Mehlkörbe (5 Pfund) und Zwiebeln (2 Pf.) am 18. Die Bezugsberechtigten erhalten bei ihrem Fleischhändler Befreiung.

Sicherung der Verpflegung und des Eigentums. Im Berliner Polizeiviertel ist eine Abteilung für Verpflegung und Verpflegung der Bevölkerung eingerichtet worden. Sie ist im Polizeiviertel Zimmer 152, Telefon 19, bei Tag und Nacht zu erreichen und wird Aufträge über die allgemeine Verpflegung geben, Wohnungen über Mängel wie unzureichende Aquilitionen, Mängel, Reparaturen, Erpressungen und dergleichen entgegennehmen und sofort Abhilfe schaffen.

Der erste Truppenrückmarsch durch die Stadt Berlin in der letzten Nachmittagsstunde die Berliner Stadtbahnlinie von Charlottenburg nach Lichterfelde. Der lange Zug bestand aus 10 Durchgangs- und mehreren Personenzugwagen. Er war überaus besetzt, so daß das Gepäck der Soldaten zum Teil in den Wägen selbst nicht mehr untergebracht werden konnte. So sah man Tornister, kleine Kisten, Sandlätze und mehrere Hundepack an der Außenkante der Wägen und auf den Dächern befestigt. Viele Soldaten standen auf den Treppentritten des sich in langsamer Fahrt bewegenden Zuges. Nach gemeinsamer Verpflegung in Lichterfelde fuhr der Transportzug, der Soldaten aller Waffengattungen brachte, nach dem Osten weiter.

Folgen schwerer Bismarckstiche eines geisteskranken Kapitäns. Ein höchst bedauerlicher Vorfall hat sich in der Nacht zum Freitag ereignet. Ein offenbar geisteskranker Seeoffizier erlitt auf einer Patrouillewache und in der Nähe der Westfront einen Schlaganfall mit der Folge, daß er starb. Es handelt sich um den Kapitänleutnant Brestenweber, dessen Mitarbeiter der Kommandant von Berlin, der Abg. Weid, bereits abgeteilt hatte, weil der Kapitänleutnant einen geistig gestörten Eindruck machte. Bei der Scharfheret wurde ein Matrose und der Seeoffizier getötet.

Keine unterirdischen Gänge im Marzall. Die Gerüchte, daß sich im Marzall oder in seinen Nebengebäuden unterirdische Gänge befänden, in welchen Personen und Vorräte verborgen sein sollen, tauchen immer wieder von neuem auf. Die Grundlosigkeit dieser Behauptungen ist durch eingehende Untersuchung einer Kommission des Arbeiter- und Soldatenrats erwiesen worden. Im den wiederholt auftretenden Gerüchten entgegenzutreten zu können, hat sich der Leiter des Marzalls, Graf Westphalen, bereit erklärt, eine nochmalige Untersuchung dieser Gebäude durch eine Kommission von Sachverständigen vornehmen zu lassen.

Der Refektor der bisherigen Königlich-Bischöflichen wird vom 19. an wieder geöffnet sein, die Verpflegung vom 21. der innere Dienst beginnt am 18. morgen.

Die Wärmehallen in der Dissenstraße, Stadtbezirk 100/100, sind heute vormittag um 10 Uhr geöffnet worden.

„Zur Stärkung des nationalen Willens“. Von einem Geschäftlichen Kulturbund, Berlin-Wilmersdorf, Halberstädter Straße 20a, wurde bis vor kurzem durch seine „Abteilung für den Kulturkampf“ und den Bediensteten zur Stärkung des nationalen Willens“ eine rege Agitation entfaltet. Von mehreren größeren industriellen Betrieben wird bei und nachfrage gehalten über die Aufgaben dieses Bundes und über seine Zweckmäßigkeit. Wir glauben, daß dieser Bund jetzt wohl seine Tätigkeit eingestellt haben wird, möchten aber nicht verfehlen, auch hier öffentlich darauf zu warnen, irgendwelche Geldspenden für ihn zu zeichnen.

Eine öffentliche Jugendversammlung, zu der die Jugendlichen aller Richtungen geladen sind, veranstaltet der Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin am morgigen Sonntag in den Sophienböden, Sophienstr. 17—18, Anfangs 10 Uhr. Tagesordnung: „Das Gebot der Stunde“. Freie Aussprache.

Die Richter des Amtsgerichts Berlin-Mitte haben die Amtsgerichts- und Soldatenrat gewählt.

Die Preussischen Justizkanzleiangehörigen veranstalten durch ihre Organisationen am Montag, den 18., nachmittags 4 Uhr, in Oberlands Festsaal in Berlin, Neue Friedrichstr. 85, eine öffentliche Kundgebung.

Die Mitglieder des Kammergerichts und der Oberstaatsanwaltschaft, d. h. die mittleren, Kanzler- und Unterbeamten beider Verbände haben Vertrauensmänner gewählt, die sich mit der Regierung und dem Arbeiter- und Soldatenrat in Verbindung setzen sollen. Verabschiedet wurde, der neuen Regierung alle Kräfte im vollen Maße zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig wurde zum Ausdruck gebracht, daß auch die materiellen Interessen sämtlicher Beamten einschließlich der Pensionäre dauernd gewährleistet werden müssen. Gleichartige Einrichtungen sind nicht nur bei den übrigen Gerichten in Groß-Berlin, sondern auch in ganz Deutschland getroffen.

Die Angestellten der Bankgeschäfte wählten in einer Versammlung, in der nahezu 1600 Angestellte von Berliner Bankgeschäften vertreten waren, die Herren Verno Marx und Hans Scharf als Delegierte in den Arbeiter- und Soldatenrat.

Die Vereinigung Deutschherrscher mit der deutschen Republik. Die angeforderte Versammlung über das Schicksal Deutschherrscher findet Sonntag, nachmittags 4 Uhr, in der Hochschule für Kunst (Hofenstraße) statt. Die Reichsregierung ist zu der Versammlung geladen. Eintritt frei.

Neuland. Hier hat sich ein aus 21 Personen bestehender Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der aus 7 Mitgliedern innerer Partei, 7 Unabhängigen und 7 Soldaten besteht. Dem Ausschuß ist die Kontrolle über die kommunale Verwaltung und die unmittelbare Ausübung der Polizeigewalt übertragen worden.

Schöneberg. Der Hauptstadtkommissionär für die jüdischen Arbeiter beantragt der Schöneberger Magistrat bei der Stadteroberungsversammlung die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit. Ferner sollen aus der Masse zur Beschaffung von Lebensmitteln auch Mittel zur Beschaffung von Kleidung entnommen werden.

Wetterwunder für das mittlere Norddeutschland 1918 Sonntag mittag. Jellweide neblig, sonst größtenteils trocken und kühl, nach heiter, in der Nacht zu Sonntag froh, auch in den Tagesstunden kühl.

Reklamewort für Politik. Erich Gutzeit, Berlin; für den letzten Teil des Buches: Alfred Schick, Berlin; für den ersten Teil: Erich Gutzeit, Berlin; Verlag: Hermann-Brosch, Berlin, E. M. H. Co., Berlin; Druck: Buchverlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., in Berlin, Lindenstraße 3.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater
 7 1/2 Uhr: Clavigo.
Kammerspiele
 8 Uhr: Der Weibsteufler.
 Kleines Schauspielhaus
 Fasanenstraße 1, Portal 6.
 7 1/2 Uhr: Frühlings Erwachen.
Volksbühne
 Theater am Hallesplatz.
 Direktion Friedrich Kaylller.
 7 1/2 Uhr: Komödie der Liebe.
Lessing-Theater.
 Direkt: Viktor Barnowsky.
 7 1/2 U.: Der Marquis von Keith.
 Sonntag: Marquis von Keith.
Deutsches Künstler-Theater.
 Alfabendlied 7 1/2 Uhr:
 Nachbeleuchtung.
 Auferstehung.
Theater Königgrätzerstr.
 7 1/2 Uhr: Ködiersholm.
Komödienhaus
 7 1/2 U.: Die tanzende Nympha.
Berliner Theater
 7 Uhr: Sterne,
 die wieder leuchten.

Trianon-Theater
 811 Friedrichstr. Ztr. 4927, 2301
 Nachm. 4 Uhr, kl. Preise:
Hänsel und Gretel.
 Täglich acht Uhr:
Der gute Ruf
 von Hermann Sudermann.
 Ida Wiat, Bruno Kastner,
 Emma Dehner, Hugo Flink,
 Genia Schönbald, Tollen.
 Sonntag 4: Jahnentzwei.
 Mittw. 4: Hänsel und Gretel.
 Donnerstag 4: Rotkäppchen.

Apollo
 Friedrichstr. 213
 Dir.: James Klein.
 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2.
Die Welt geht unter!
 Bild u. d. großen Novem-
 ber-Variété-Aus-
 stattungschaus mit
Santa Söneland
Ernst Lubitsch
 neu.
 Sonnt. 3 1/2, Uhr jeder
 Erwachs. 1 Kind frei!

Casino-Theater.
 Schöninger Str. 37. Tägl. 7, 8 u.
 11 Uhr.
 Das dreifache Volkstuch
Die goldene Brücke.
 Vorher: eifl. Spezialitäten.
 Sonnt. 3 1/2: Der Sängling.

Rose-Theater.
 7 1/2 U.: Schneewittchen.
 7 1/2 Uhr: Gastop. d. Friedr.
 Wilhelmstadt. Theaters:
Das Dreimäderhaus.

Luisen-Theater.
 3: Schneewittchen.
 7 1/2: Ehrliche Arbeit.
 Sonntag 3: Berliner Kinder.

Circus Busch
 Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2.
Katzensprung
 aus d. Zirkuskuppel.
 Die best. Drahtseil. 3 Vorst.
 sowie das übrige große
 Zirkus-Programm.
„Oberon“
 Plant. Wasser-Pantomime.
 Sonntag 3 1/2, Uhr:
Hänsel und Gretel.

National-Theater.
 Göpenicker Str. 68. Mpl. 3344.
 7 1/2: Großer Operettenrevue!
Prinzenliebe.
 Musik von Walter Bromme.
 Sonnt. 3 1/2: Studentenlieben.
 Operette i. 3 Akt. (kl. Preise).
 Bonn u. Vragak. v. vor. u. dies.
 Woche behalten bis zum
 20. November ihre Gültigkeit.

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant.
 Wer ist die Schönste?
 Hajdah.
 7 1/2, Uhr.

Walhalla-Theater.
 7 1/2, Uhr:
August der Starke.

Reichshallen-Theater.
 Alfabendlied 7 1/2, Uhr und
 Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Stettiner Sängler.
 Nachmittags ermäß. Preise!

Theater für Sonnabend, 16. Nov.
Central-Theater
 Lustspielhaus
 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.
Deutsches Opernhaus
 7 Uhr: Fidelio.
Friedrich-Wilhelms-Theater
 7 1/2, Uhr: Rannerl.
Kleines Theater
 7 1/2, Uhr: Zum 1. Male
 Adam, Eva und die Schlange.
Komische Oper
 7 1/2 U.: Schwarzwaldmädel.
 Morg. 3 1/2: Schwarzwaldmädel.
Metropol-Theater
 7 U.: Die Faschingsfee
 Morgen 3 Uhr: Wiener Blut.
Neues Operettenhaus
 7 1/2, Uhr: Das süße Mädel.
 Mg. 3 1/2: Der Soldat der Maria.
Palast-Theater
 7 1/2: Der zerbr. Krug u. Philotas.
 7 1/2: Der zerbrochene
 Krug. Bierauf Daffel.
Residenz-Theater
 7 1/2 Uhr: Lilli Grün.
Schiller-Th. Charl.
 3 Uhr: Web' dem, der Hgt.
 7 1/2, Uhr: Hamlet.
Thalia-Theater
 3 1/2: Feise ins Schlaraffenland.
 7 1/2: Unter d. blühend. Lnde.
Theater am Nollendorfplatz
 3 1/2: Der Kaufmann von Venedig.
 7 Uhr
Venus-Theater
Theater des Westens
 7 1/2, Uhr: Die lustige Witwe
 mit Guido Thielscher.
 4 Uhr: Aschenbrödel.
Wallner-Theater
 3 1/2, Uhr: Im Märchenwald.
 7 1/2, Uhr: Graf Hohenichts.

Theater der Friedrichstadt
 Ecke Friedrich- u. Länionstr.
 7 1/2, Uhr: Z. 3. M.: Nord 8800
Drei tolle Tage.
 Sonntag nachm. 7 1/2, Uhr:
 Hänsel u. Gretel im Zauberwald.
WINTERGARTEN
Henry Bender
 Gisa Kolbe
Otto Röhr
 Humorist am Flügel
 sowie der
 Große bunte
 November-Spielplan
12 Kunstkräfte 12
Altentafel
 aus Brauerey-Verer, Untergrund-
 bahnhof Bagrischer Weg ab-
 handen genommen. Gegen Be-
 lohnung abgegeben. Richter,
 Zandbruder Str. 5. 616. 11.

Singakademie. Heute Sonnabend, 8 Uhr:
 Konzert mit dem Philharmonischen Orchester:
Tossi Spiwakowsky.
 Dirigent: Professor Willi Heß.
 Bach: Violinkonzert E-dur; Mozart: Violinkonzert
 A-dur; Mendelssohn: Violinkonzert C-moll.
 Karten: 6, 5, 4, 3, 2 M. bei Hote & Bock, Wertheim
 und Abendkasse. 96L.
Schillersaal (Schillertheater Charlottenburg),
 Ring, Bismarckstr. 110, Untergrundbahnhof Knie.
 Heute u. täglich 8 Uhr. (Verlängert bis 19. Novbr.)
MARCELL SALZER
 Heitere Abende
 Karten 5, 4, 3, 2 M. b. Wertheim, Schillerth. Tages-
 kasse sowie Abendkasse ab 7 und Amt Umland 139.
 Sonntag, 17. Nov., 7 1/2, im Beethovensaal.
Sozialdemokratischer Verein Niederbarnim
 S. V. D.
 Bezirk Pichlerberg.
 Sonntag, vormittag 10 Uhr, auf dem Platz an der Park-
 ane, gegenüber dem Rathaus, Möllendorferstraße:
Große öffentl. Volksversammlung.
 Tagesordnung:
 Bestätigung des Arbeiterrats.
 Parteimitglieder! Erscheint vollständig.
 A. H.: Die Bezirksleitung. R. Peterhanfel.
 243/8

Gefangenenliederfreunde
Johannisbad.
 R. S. D. W. S. S. S.
 Am 9. d. M. starb im
 Lazarett in Polen als Opfer
 des Weltkrieges unser
 Langenbruder
Hermann Henicke
 im Alter von 28 Jahren.
 Wir vermissen in ihm
 einen unserer ältesten und
 tätigsten Mitglieder. Der
 Geliebte war ihm alles
 und noch im Felde be-
 ständige er sich mit seinen
 Kameraden bis zu letzter
 Beilegung in der Wäge
 des Opfers. Sein Tod
 reißt eine schmerzliche Lücke
 innerhalb unseres Vereins.
 Vier Herrmann, an der
 Wiege des Volksliedes, für
 den Du treu und langert,
 traust Dich bei Tod. Du
 wirkst uns unerschütterlich
 bleiben. 65/5
Stimm schließt der
Sänger!
 Die Beerdigung findet
 am Sonntag, den 17. No-
 vember, nachmittags 3 Uhr,
 von der Halle des Ge-
 meindebüros Johannis-
 bad aus statt.
 Um rege Teilnahme bitten:
 Der Vorstand.

Berliner Theater
 wiederum täglich:
**Sterne,
 die wieder leuchten.**
 Große Operette. Musik von Walter Kollo.
 Das mit außerordentlichem Erfolge bei Presse und Publikum aufgenommene
 diesjährige Repertoirestück, dessen Uraufführung am Mittwoch, 6. November,
 stattgefunden hat und dessen Wiederholungen am 9. November durch die
 großen Ereignisse unterbrochen wurden.

HUBERMAN
 unter gütiger Mitwirkung von
Dr. Richard Strauss
 Am Klavier: Paul Frenkel.
 Karten: M. 6, 5, 4, 3, 2 b. Hote & Bock, Wertheim.

Morgen! 7 1/2, Uhr: Beethovensaal:
Heiterer Abend
MARCELL SALZER
 Karten 5, 4, 3, 2, 1 M. b. Hote & Bock, Wertheim u. Abendk.
 Montag, 18. und Dienstag, 19. Nov., 8 Uhr: Schlössersaal.

Kinderwirth-Saal. Morgen Sonntag, 8 Uhr:
Hermann Boettcher
 Lieder zur Laute
 Schubert, Jüngst, Richau, Hellström u. a.
 Volks- und Soldatenlieder.
 Karten 5, 4, 3, 2 M. Hote & Bock, Wertheim.

Lichtspiele
Residenz Kukuk
 Blumenstr. 10 Gr. Frankfurt-Str. 28
 neben Residenztheater an der Andreasstraße
FERDINAND LASSALLE
 7 Akte. Beginn 5 Uhr. ab 3 Uhr erhöhte Preise. 7 Akte.

„Kurfürst“, Kurfürstendamm 12
 Gutes Mittagessen 7,50 und 5,-
 Weine auch glasweise 1,50, exkl. Steuer.
 Preiswerte Abendkarte! 405L.
 Weine: Karaffe von 4,- an, exkl. Steuer.
 Sehr unterhaltendes Kabarett!

Lichtspiele
 in der Concordia, Andreasstr. 64.
Elite-Woche.
Der große Propagandafilm
 zur Bekämpfung des Mädchenhandels.
Der Weg, der zur Verdammnis führt:
 1. Teil: Das Schicksal der Anna Wolter.
 1 Vorspiel und 5 Akte.
Mia May
 in: Ihr großes Geheimnis.
 Schauspiel in 4 Akten.

Ziehung 6.-11. Dezbr. 1918
 im Ziehungsloose der Königl. Preuss.
 Generallotterie-Direktion
**Rote Kreuz-
 Geld-Lotterie**
 545 454 Lose 17 251 Geldgewinne
 bar ohne Abzug zahlbar
 im Gesamtbetrag von M.
600 000
 Hauptgewinn Mark
100 000
50 000
30 000
 Los N. 3.30 Postgebühr und
 Liste 15 Pf.
 Überall erhältlich
A. Molling, Hannover
 und Berlin W 9, Lönndstr. 4
 80078 **Karl Piel.**

Statt Karten!
 Allen Freunden und Be-
 kannten hiermit die traurige
 Mitteilung, daß meine treu-
 ergebende Gattin
Emma Naumann
 geb. **Maya**
 am 11. d. M. plötzlich und
 unerwartet aus dem Leben
 geschieden ist.
 Um dieses Beileid bittet
Gustav Naumann.
 Tempelhof, 16. Nov. 1918
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 18. November,
 nachm. 3 Uhr, von der Ver-
 einshalle des Tempel- oder Ge-
 meindebüros, Germania-
 straße, aus statt. 35615
 Allen denen, die unserem
 einzigen geliebten Sohn und
 Bruder die letzte Ehre erwiesen
 haben, sowie für die zahlreiche
 Kranzsende, lagen wir auf
 diesem Wege unseren tiefst-
 liehen Dank. 30315
Franz u. Theres Scheuermann
 nebst Tochter Erna.
 Einjährig-Krit. Dr. Kockelmann
 Bin. W. Hohenzollernbaum 168.

Nachrufe.
 Den Angehörigenerner
 zur Nachricht, daß unser
 Kollege, der Werkzeugmacher
Franz Hilke
 Pichlerberg, Döfstr. 23
 am 18. Oktober gestorben ist.
 Den Mitgliedernerner
 zur Nachricht, daß unser
 Kollege, der Former
Paul Lipke
 Soldiner Str. 72/4
 am 9. November gestorben ist.
 Den Mitgliedernerner
 zur Nachricht, daß unser
 Kollege, der Gärtner
Richard Voigt
 am 11. November an Gefäß-
 erkrankung gestorben ist.
 Obre ihrem Andenken:
 Die Ortsverwaltung.

Unsere Geschäftshäuser
 werden von jetzt an
 auch am Sonnabend
 um 7 Uhr geschlossen.
A. Wertheim
 G. m. b. H.

Bekanntmachung.
 Die Fleischmärkte der 17. Kalenderwoche (13. bis 21. No-
 vember 1918) der Reichsfleischkarte werden hiermit in Verfolg
 der Anordnung, wonach für die erwähnte Woche Fleisch statt
 Fleisch ausgegeben werden soll, für den Fleischbesitz im Bezirk
 der Stadtgemeinde Berlin für unzulässig erklärt. Aus diese
 Fleischmärkten dürfen Fleisch und Fleischwaren vom Verkäufer
 nicht abgehen und vom Verbraucher nicht erstanden werden.
 Die bezeichneten Fleischmärkte sind nicht zu besuchen, sondern
 aufzugeben, da hierauf der Erfolg für Fleisch in der nächsten
 Woche ausgegeben wird.
 Berlin, den 13. November 1918.
Magistrat.
 Hermuth

Sozialdemokratischer Verein Niederbarnim
 S. V. D.
 Bezirk Pichlerberg.
 Sonntag, vormittag 10 Uhr, auf dem Platz an der Park-
 ane, gegenüber dem Rathaus, Möllendorferstraße:
Große öffentl. Volksversammlung.
 Tagesordnung:
 Bestätigung des Arbeiterrats.
 Parteimitglieder! Erscheint vollständig.
 A. H.: Die Bezirksleitung. R. Peterhanfel.
 243/8

Statt Karten!
 Allen Freunden und Be-
 kannten hiermit die traurige
 Mitteilung, daß meine treu-
 ergebende Gattin
Emma Naumann
 geb. **Maya**
 am 11. d. M. plötzlich und
 unerwartet aus dem Leben
 geschieden ist.
 Um dieses Beileid bittet
Gustav Naumann.
 Tempelhof, 16. Nov. 1918
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 18. November,
 nachm. 3 Uhr, von der Ver-
 einshalle des Tempel- oder Ge-
 meindebüros, Germania-
 straße, aus statt. 35615
 Allen denen, die unserem
 einzigen geliebten Sohn und
 Bruder die letzte Ehre erwiesen
 haben, sowie für die zahlreiche
 Kranzsende, lagen wir auf
 diesem Wege unseren tiefst-
 liehen Dank. 30315
Franz u. Theres Scheuermann
 nebst Tochter Erna.
 Einjährig-Krit. Dr. Kockelmann
 Bin. W. Hohenzollernbaum 168.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nach-
 richt, daß unsere Kollegin,
 die Arbeiterin
Klara Gebhardt
 Wannsee, 25
 am 11. Novbr. gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 16. Novbr.,
 nachmittags 3 Uhr, von der
 Leichenhalle des Emmaus-
 Kirchhofes, Hermannstraße,
 aus statt.
 Den Mitgliedernerner
 zur Nachricht, daß unser
 Kollege, der Schlosser
Thomas Nowacki
 Schöneberg, Reiningen Str. 9
 am 12. Novbr. gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 17. November,
 nachmittags 3 1/2, Uhr, von der
 Leichenhalle des Kottbus-
 Kirchhofes (Planke Höhe)
 aus statt.
 Rege Beteiligung wird
 erwartet. 121/10

Statt Karten!
 Allen Freunden und Be-
 kannten hiermit die traurige
 Mitteilung, daß meine treu-
 ergebende Gattin
Emma Naumann
 geb. **Maya**
 am 11. d. M. plötzlich und
 unerwartet aus dem Leben
 geschieden ist.
 Um dieses Beileid bittet
Gustav Naumann.
 Tempelhof, 16. Nov. 1918
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 18. November,
 nachm. 3 Uhr, von der Ver-
 einshalle des Tempel- oder Ge-
 meindebüros, Germania-
 straße, aus statt. 35615
 Allen denen, die unserem
 einzigen geliebten Sohn und
 Bruder die letzte Ehre erwiesen
 haben, sowie für die zahlreiche
 Kranzsende, lagen wir auf
 diesem Wege unseren tiefst-
 liehen Dank. 30315
Franz u. Theres Scheuermann
 nebst Tochter Erna.
 Einjährig-Krit. Dr. Kockelmann
 Bin. W. Hohenzollernbaum 168.

Nachrufe.
 Den Angehörigenerner
 zur Nachricht, daß unser
 Kollege, der Werkzeugmacher
Franz Hilke
 Pichlerberg, Döfstr. 23
 am 18. Oktober gestorben ist.
 Den Mitgliedernerner
 zur Nachricht, daß unser
 Kollege, der Former
Paul Lipke
 Soldiner Str. 72/4
 am 9. November gestorben ist.
 Den Mitgliedernerner
 zur Nachricht, daß unser
 Kollege, der Gärtner
Richard Voigt
 am 11. November an Gefäß-
 erkrankung gestorben ist.
 Obre ihrem Andenken:
 Die Ortsverwaltung.

Fensterputzer, gelernt,
 verlangt
Krahnert, Reutlin.
 Ringenbühlstr. 24. 7111
 Sie bringen will-
 kommene Wiederhol-
 ung in die tägliche
 Not, wenn Sie
Adams Würze als

**Brot-
 Aufstrich**
 verwenden. Hausfrauen,
 denen die unverdünnte
Adams Würze zu
 hart ist, lösen den An-
 halt eines 2 M. Lothes
 in 1/2 Liter heißem Wasser
 auf, lassen etwa 25 gr.
 Kartoffelmehl hinzugeben
 und lassen nach reichlichem
 Umrühren abkühlen. Die so
 hergestellte, wie kalte
 Brotentlauche schmeckende
 Paste ist ein vorzüg-
 licher und sehr preis-
 werter Brotaufstrich.
 Ueber die richtige
 Verwendung der
Adams Würze
 beim Kochen gibt der
 in jedem Loth beteiligende
 Prospekt Auskunft.
Adams Würze ist
 in je dem guten Ab-
 rungsmittel-Geschäft er-
 hältlich. Angros:
Heinrich Henicke & Co.,
 Charlottenburg,
 Am Blüthen 6667, 6668
 6669. 80045*

Kartonnagen-
 Bescheidnen, nur verleiht,
 8056b
Bochne, Holenbende 5/6.
Brie tafche mit Wollpapier-
 ten versehen.
 Abzugeben gegen Bezahlung
J. Schmitz Hotel,
 Spittelmarkt, Zimmer 29.
Fahnenstoffe
 Armbinden in National-
 farbe empfiehlt
 4932
Tuchhandlung Becker,
 Seydelstr. 32 (Spittelmarkt).

Nachrufe.
 Den Angehörigenerner
 zur Nachricht, daß unser
 Kollege, der Werkzeugmacher
Franz Hilke
 Pichlerberg, Döfstr. 23
 am 18. Oktober gestorben ist.
 Den Mitgliedernerner
 zur Nachricht, daß unser
 Kollege, der Former
Paul Lipke
 Soldiner Str. 72/4
 am 9. November gestorben ist.
 Den Mitgliedernerner
 zur Nachricht, daß unser
 Kollege, der Gärtner
Richard Voigt
 am 11. November an Gefäß-
 erkrankung gestorben ist.
 Obre ihrem Andenken:
 Die Ortsverwaltung.

Fensterputzer, gelernt,
 verlangt
Krahnert, Reutlin.
 Ringenbühlstr. 24. 7111
 Sie bringen will-
 kommene Wiederhol-
 ung in die tägliche
 Not, wenn Sie
Adams Würze als

**Brot-
 Aufstrich**
 verwenden. Hausfrauen,
 denen die unverdünnte
Adams Würze zu
 hart ist, lösen den An-
 halt eines 2 M. Lothes
 in 1/2 Liter heißem Wasser
 auf, lassen etwa 25 gr.
 Kartoffelmehl hinzugeben
 und lassen nach reichlichem
 Umrühren abkühlen. Die so
 hergestellte, wie kalte
 Brotentlauche schmeckende
 Paste ist ein vorzüg-
 licher und sehr preis-
 werter Brotaufstrich.
 Ueber die richtige
 Verwendung der
Adams Würze
 beim Kochen gibt der
 in jedem Loth beteiligende
 Prospekt Auskunft.
Adams Würze ist
 in je dem guten Ab-
 rungsmittel-Geschäft er-
 hältlich. Angros:
Heinrich Henicke & Co.,
 Charlottenburg,
 Am Blüthen 6667, 6668
 6669. 80045*

Kartonnagen-
 Bescheidnen, nur verleiht,
 8056b
Bochne, Holenbende 5/6.
Brie tafche mit Wollpapier-
 ten versehen.
 Abzugeben gegen Bezahlung
J. Schmitz Hotel,
 Spittelmarkt, Zimmer 29.
Fahnenstoffe
 Armbinden in National-
 farbe empfiehlt
 4932
Tuchhandlung Becker,
 Seydelstr. 32 (Spittelmarkt).

Nachrufe.
 Den Angehörigenerner
 zur Nachricht, daß unser
 Kollege, der Werkzeugmacher
Franz Hilke
 Pichlerberg, Döfstr. 23
 am 18. Oktober gestorben ist.
 Den Mitgliedernerner
 zur Nachricht, daß unser
 Kollege, der Former
Paul Lipke
 Soldiner Str. 72/4
 am 9. November gestorben ist.
 Den Mitgliedernerner
 zur Nachricht, daß unser
 Kollege, der Gärtner
Richard Voigt
 am 11. November an Gefäß-
 erkrankung gestorben ist.
 Obre ihrem Andenken:
 Die Ortsverwaltung.